

# Saale-Zeitung.

**Anzeigen**  
werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche ein Blatt mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von unserer Annahmestelle und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekannter die Zeit 5 Pf., Gehalt unbedeutlich; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.  
(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gebührenlos.)

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.  
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.  
Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schütz in Halle.  
Hauptverbreitungsverband mit Berlin, Leipzig, Magdeburg &c. (Königs-Str. 176.)

Nr. 400. Halle a. d. Saale, Freitag den 27. August. 1897.

**Bestellungen für den Monat September.** Bei allen Reichspostanstalten 1 M. — Für Halle und Giebichenstein nehmen unsere Expeditionen und Kurträger Bestellungen an, zu 0,85 M. bei einmaliger, zu 1 M. bei zweimaliger Zustellung.  
Bei verspäteter Bestellung werden wir stets bereit sein, fehlende Nummern unentgeltlich nachzuliefern.

ein abhängiger Beamter, ein Ministerialrat (das Blatt meint den bekannten Zeitungsgewerkschafts-Führer v. Jochheim) der letzten die Geist der freiconservativen Partei ist. Das sagt alles. Sie gehen mit der Regierung durch die d. d. d. Sie treiben dieselbe häufig auf dem agrarischen Weg im Sinne des Bundes der Landwirthe vorwärts.

### Die Expedition.

### Die Reichstagswahlen und die Marinefrage.

Für die Marinepläne, deren Inhalt einzuweisen noch gar nicht feststeht, wird in einem großen Teil der Presse mit mehr Eifer als Erfolg Klatsche gemacht. Nicht nur von liberalpolitischen Gesellschaften, sondern auch von anderen Stellen wird eine förmliche Bewegung in der Presse künstlich unterhalten und geschaffen, um die öffentliche Meinung zu Gunsten der Marinepläne zu bearbeiten. Darüber braucht man sich nicht groß aufzuregen, wenn nicht Anlaß zu der Vermuthung vorläge, daß das alles nur Mittel zum Zweck sei. Nämlich zur Auflösung des Reichstages und zur Heilung und Selbstregung des liberalen Bürgerthums.  
Nun jenseit im letzten Menschentage ist die Volkstimmung weit und breit dem Liberalismus so günstig gewesen, wie gegenwärtig das Verhalten des obersten Unterthums hat nicht wenig dazu beigetragen, das Bürgerthum aus seiner Ohnmacht aufzurichten. Die Zerstückelung der Berliner Produzentenkreise und die Angriffe auf den Handelsstand haben einem großen Theil des Volkes die Augen über das Agrarverhältniß geöffnet. Dazu kommen das unaufrichtige Geschehnis nach einem Unfallszuge, das Schicksal der Vereinsrechtsnovelle, die maßlosen Regierungskrisen und manches andere Ereigniß eigenthümlicher Natur, wozu auch das Verhängnis gehört, dem die Verhandlungen des fürstlichen Hohenzollern namentlich hinsichtlich der Militärreformverfallenen sind. Unter diesen Umständen sind die bisher vollzogenen Ereignissen zum Reichstage von symptomatischer Bedeutung. Wie werden die nächsten Reichstagswahlen ausfallen? Erhebt sich das Bürgerthum einmüthig gegen Unterthum und Reaktion, so muß die Regierung eine vollkommene Niederlage erleiden. Da kann man es scheinbar einem Minister verzeihen, wenn er auf eine Taktik sinnt, diesem Anzuge vorzubeugen.

Blätter schon jetzt abermals die Verdopplung der Brause; sind doch manche andere Steuerpläne nur auf glücklichere Zeiten verlagert. Alles kommt darauf an, bei den nächsten Wahlen eine empfindliche Schwächung der konservativen Partei zu verhindern, eine Stärkung der regierungsfreundlichen Gruppen herbeizuführen. So wenigstens spekuliren die Agrarier, die Gegner der Linken. Ihnen wäre daher die Marinefrage als Wahlparole höchst willkommen, wenn sie auch gar keine Marinepläne sind, vielmehr das Wort: kein König, keine Krone! in der bündelischen Presse noch heute manchen Anhänger findet. Aber es bleibt eben dabei: Die Marinefrage ist nur Mittel zum Zweck. Wird durch die Marinefrage bei den Wahlen die Kraft des Bürgerthums gelähmt, so werden nachher, wenn erst die Wahlen vorüber, die Agrarier der Regierung die Lantung präsentieren. Dann werden alle bündelischen Forderungen mit gefeigter Ungeduld gestellt werden, obwohl inzwischen die Volksbewegung auf dem Weltmarkte gezeigt hat, wie völlig veraltet die agrarische Politik ist. Denn gerade jetzt leben wir in einer Zeit der stärksten Weltmarkts und der Silberkrise, woraus gangsaun hervorgeht, daß unmöglich die Goldwährung an niedrigen Getreidepreisen Schuld sein kann. Ebenso zeigt sich auch gegenwärtig, daß der Handelsvertrag mit Rußland, wie die neueren Handelsverträge überhaupt, nicht den Aufschwung der Getreidepreise hindern. Wer aber Augen hat zu sehen, der kann gerade jetzt erkennen, welchen schweren Schaden namentlich das Verbot des Getreidehandels der Landwirtschaft selbst zufügt. Denn dadurch wird es ihr unmöglich, die Ernte rechtzeitig auf ferne Termine hin zu erhöhen und zu verkaufen. Ist einmal eine agrarisch-konservative Mehrheit im Reichstage gesichert, dann wird es an neuen agrarischen Maßnahmen nicht fehlen, und die deutsche Industrie kann dann mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland in Zukunft mit aller Welt verhandelt wird.

Veranlaßt worden ist diese Charakteristik der Freiconservativen durch einen Artikel der „Post“ zur Vertheidigung der freiconservativen Kandidatur in Hienzburg, Penrabe, einem Wahlkreis, der gegenwärtig im Besitz der Nationalliberalen ist. Die „Post“ hatten einen Artikel gebracht, angeblich aus der Feder des Landtagsabg. Landgerichtsrath Groth in Kiel, in welchem der freiconservativen Kandidaten des Abgeordnetenhaus nach ihrem Verhalten beim Abstimmungs-Paragrafen und bei der Revisionen vorgeworfen wird, daß sie sich in den Dienst der Reaktion gestellt, und Verleumdung des geschichtlichen Bodens, auf welchem sie errichtet ist. Die „Post“ hätte sich dann bemüht darzutun, daß die Haltung in beiden Fragen keine reaktionäre ist. Aufgebläht der Wahrung des Herrn v. Miquel, fortan eine Politik der Sammlung zu treiben, gewinne, der Fall Groth“ noch eine ganz besondere Bedeutung, die wenig geeignet erscheint, Vertrauen für die Zukunft zu erwecken. Darauf erwidert die „Nat.-Ztg.“: Nun, wenn kein Vertrauen zu einer Politik der Sammlung im Sinne der „Post“ berechtigt erscheint, so entspricht dies ganz unserer Meinung.

Im „Deutschen Wochenbl.“ richtet Abg. Krenndt eine Abfrage in Bezug auf Wahlunterstützung von freiconservativen Seite an alle diejenigen Nationalliberalen, welche im Reichstage für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben. Bekanntlich aber hat der größere Theil der Nationalliberalen für den Handelsvertrag gestimmt.

### Ein Konservativer gegen den oberliberalen Adel.

Ein Herr v. S., der nach seinem eigenen Zugeständniß durch Geburt und Erziehung, Familienüberlieferung und Standesangehörigkeit zu den konservativen gehört, hat die ganz beispiellose Coynage, in der neuesten Nummer der „Konservation“ zu veröffentlichen, und für sich schon verfaßten „Preussischen Zeitungsblätter“ gegen das oberliberale Unterthum von jeder zu entwerfenden Kritik und gegen eine ganz freizügige Beschränkung, einem guten Charakterfirmenverwärtiger. So erlaubt sich der ungenügende, sehr blinde „Konservative“, den jedenfalls bald ein kräftiger Partei-Baumstamm treffen wird, zu schreiben:

„Unpersönlichkeit, Beschränktheit, Mangel an gründlicher, allseitiger Bildung, Einseitigkeit, Verbohrtheit: das ist leider der Fall, das der oberliberale Adel in seiner Mehrheit zum eigenen größten Schaden, zum Schaden des Landes und der übrigen Stände und Interessen im Reich überhaupt. Und sein Unselbst ist, daß die Führer des konservativen Schiffes energische Ferne machen, sich des todtenden, hemmenden Gewichtes ihres Irrethums zu entledigen.“  
Vorzüglich und Wort für Wort scheidend ist auch die Auseinandersetzungen über die „Kirchlichkeit“ der Herren „Standesgenossen.“ Da heißt es:

„Sie halten das Christenthum hoch, aber es muß ihr Christenthum sein, mit dem von Ihnen gebotenen Formen und Angehörigkeiten, es es evangelisch, d. h. von freien, lebendigen Hauche des Geistes Christi durchweht ist, oder ob ihr „Christenthum“ vielmehr die auf der Unwissenheit aufgebaute konfessionelle Indolenz ist, summiert sie nicht. Ihr Christenthum ist ihnen nicht die freie Religion, die soziale Zeit — ich bin noch kritischer, noch mehr sozial — sondern es ist ihnen das exorbitante, mächtige Mittel, das das Volk in elendigen Geleise zu erhalten.“

Mit eindringlichen Worten beklagt der Verfasser ferner: „Ist die ausschließliche Herrschaft der Kreuz-Zeitung“ in jenen Kreisen: „Nur die „Kreuz-Ztg.“ findet sich auf dem Familienzettel, was sie sagt, ist wahr, was sie behauptet, ist unwahr, was sie nicht bringt, existirt überhaupt nicht. Sie ist für den konservativen Adel das politische, soziale, wirtschaftliche Evangelium. Das Wort von der Wille, durch die man Welt und Dinge sieht, wohl nirgend mehr als auf den konservativen Adel, er hat schließend und wachend die Kreuzzeitungsritze auf der Wie.“

Der Verfasser hat aber ganz richtig erkannt, daß die „Kreuz-Zeitung“ nur ein Parteiblatt ist und daß sie sich derselben Mittel wie andere Blätter bedient: der einseitigen Darstellung des Verhältnisses des Verfassers. Aus seiner Schilderung der geringen Mängel des konservativen Adels zieht endlich der Autor den Schluß:

„Daß der konservativen Partei jedes Verständniß fehlt, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern überhaupt für jede Bewegung, die auf fortschreitender Entwidlung beruht. Solche Konservativen können nur nach der Pöbelgei rufen, um Ideen zu bekommen.“

### Gründungsprotestanten.

„Nach Universitätskreisen wird der „Nat.-Zg.“ geschrieben: „Auch die eutschnigen Gehaltsverbesierungen für die übrigen Staatsbeamten in Kraft getreten, sind auch diejenigen Professoren, die an der Aufhebung beteiligt werden sollen, bereits gefragt, ob sie sich der Staatsbestimmung über die Honorarverhältnisse unterwerfen wollen. Um die Kategorien und Anzahl dieser Personen festzustellen, haben Unterhandlungen zwischen dem Kultus- und dem Finanz-

### Deutsches Reich.

#### Hof- und Personalnachrichten.

König Humbert wird am Nachmittag des 2. September von Mosna über Glatz-Goldberg-Wald und Frankfurt nach Somburg reisen. So wird der Empfang durch österreichische Behörden vertrieben. Am frühen Morgen des 3. September wird der König in Bad bei der Oberen von Engelbrecht und den Major von Jacoby begrüßt werden.

#### Freikonserervative und Nationalliberale.

Die „Nat.-Zg.“ bringt einen scharfen Artikel gegen die freikonserervative Partei. Kritiker hätte sich die letztere unter Beschuß-Huc, Renard, Friedländer kaum von dem damaligen rechten Flügel der Nationalliberalen unterschieden. Wie sehr sich das geändert habe, beweise schon der Luftstand, daß heute

Man muß sich in die Lage des Gegners versetzen, will gegen einen Gegners, der nicht freie Hand hat, denn ein Minister, der nach einem höheren Mittel sucht, eine Mehrheit zu gewinnen, braucht sich heute nur an die Spitze der Linken zu stellen, eine volksthümliche und liberale Politik zu treiben, oder wenigstens eine Politik, wie sie Fürst Bismarck in der ersten Hälfte der 70er Jahre getrieben hat, und er könnte gegenwärtig, moralische Eroberungen zu machen und auch die namentlich in Süddeutschland gründlich verirrte Stimmung wieder zu verbessern. Aber freilich, das ist heute noch in Berlin undenkbar. Dazu hat man noch nicht genug Erfahrungen gesammelt und Lehren erhalten; dazu wird es vielleicht später kommen. Einwundern aber ist man noch befähigt, für die Politik des alternen Kurzes eine Mehrheit zusammenzubringen. Wie aber soll das geschehen? Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß die bedrohliche Stärke des liberalen Bürgerthums immer an sicherten durch die Aufwehung einer Frage der Wehrkraft durchbrochen werden kann. So ist es in Preußen von jeher gewesen. Theile und herrsche, das ist ein Satz, nach dem mancher Staatsmann handeln zu müssen geglaubt hat. Seit Jahrzehnten ist ein Keil in die Fuge getrieben worden, bald durch die Frage des Sozialquantums, bald durch die Systemfrage. Man wird sich erinnern, wie bei der Beratung des Schulgesetzes des Grafen Adolf Hübner v. Benningen mit Eugen Richter und Ludwig Bamberger Erklärungen austauschte, die von dem Grafen Coprivis als Mitleidens verpörrt wurde. Damals schien eine Annäherung zwischen den freimüthigen und national-liberalen Gruppen ziemlich sicher. Der Reichstagswahl war der national-liberalen Partei schon vor, daß sie nur noch liberal sein wolle, da ja national alle Parteien seien. Es ist dem Grafen Coprivis bald gelungen, eine Entwicklung zu hinterziehen, die die Mitleidens anzunehmigen schien. Jetzt hat allgemach der Gang der inneren Politik wieder zu einer größeren Einmüthigkeit des Bürgerthums gegenüber dem Agrarverhältniß geführt. Dazu haben die Vorgänge, wie die Einbringung und langwierige Beratung der preussischen Vereinsrechtsnovelle, die national-liberalen Partei von der Regierung abgedrängt. Was Wunder, daß in dieser verwickelten Lage Herr von Miquel die Politik der Sammlung proklamirte. Es ist nicht ohne Interesse, daß die Stellung zu der Vereinsrechtsnovelle die Stellung der Regierung zu den Parteien nicht beeinflussen sollte. „Wahm also die Regierung ihre Pläne bei den nächsten Reichstagswahlen durchsetzen will, so muß sie eine Wahlparole schaffen, durch die das Bürgerthum genöthigt wird, seine Kraft gegen einander zu richten und zu erschöpfen, statt alle Kraft gegen Unterthum und Reaktion zu konzentriren.“  
Es kann schon sein, daß mancher Rathgeber hinter den Anstößen die Marinefrage für eine geeignete Wahlparole hält. Marinefrage oder Militärfrage, das erscheint ziemlich gleich. Handelt es sich doch in jedem Falle um eine Frage der Wehrkraft. Weiß man die Marinefrage zu anspruchsvoller Bedeutung aufzufassen, so treten alle übrigen Gegenstände in den Hintergrund. Da denkt man weniger an die Gefahren, die bei der Erneuerung der Handelsverträge drohen, weniger an den Kampf der Minister gegen den Handelsstand, weniger an das Streben nach Unsurzgehen, weniger an neue Steuerpläne, die nicht ausbleiben werden, wenn einmal eine geistige Mehrheit im Reichstage vorhanden ist. Fordern doch einzelne





